

Hoffnung an Stadtmauer

Parlament macht Weg für Innenbereichssatzung frei – Fahrradstraße beschlossene Sache



Für die Anwohner in der Erbsengasse soll jetzt die Innenbereichssatzung geschaffen werden, um ihnen zumindest die Chance zu geben, die Bauten an und außerhalb der Stadtmauer nachträglich © Nicole Jost

Dreieich – Ein Freibrief ist es nicht. Aber für die Anwohner der Erbsengasse öffnet sich zumindest eine Tür: Mit 24 Ja-Stimmen beauftragt das Stadtparlament den Magistrat, eine Innenbereichssatzung für den Bereich an der historischen Stadtmauer zu erarbeiten. Damit erhalten die Betroffenen die Chance, für bestehende An- und Nebenbauten nachträglich eine Genehmigung beim Kreis Offenbach zu beantragen. Ob sie diese tatsächlich bekommen, ist damit nicht entschieden.

Siegfried Wirth (Grüne) unterstützt den Weg. Die über Jahrzehnte entstandenen Bauten gehören heute zum Zuhause der Menschen, zugleich gilt es, das

historische Ensemble sowie Natur und Landschaft zu schützen. „Eine Stadtmauer ist mehr als Stein auf Stein“, sagt Wirth. Sie sei „ein lebendiges Stück Stadtgeschichte“. Allerdings weist er auf die begrenzten Möglichkeiten der Politiker hin, komplett neue Regeln aufzustellen: „Politik kann die vorhandenen Spielräume nutzen, aber keine neuen erschaffen.“

Die CDU lehnt die Innenbereichssatzung ab. Hartmut Honka warnt davor, falsche Erwartungen zu wecken. Selbst die Einstufung als Innenbereich bedeutet keine automatische Legalisierung der Bauten. Darüber entscheiden später Bauaufsicht, Natur- und gegebenenfalls Denkmalschutzbehörden. „Diese Entscheidungen werden sich alle im Laufe von Jahren vermutlich erst ergeben“, sagt Honka. „Nicht heute Abend und nicht hier.“ Maik Zimmer (SPD) sieht gerade darin den Sinn des Beschlusses: Den Anwohnern wird zunächst überhaupt die Chance auf Genehmigungen eröffnet. Ziel sei, „so viel zu erhalten und zu legalisieren, wie das auf der einen Seite möglich ist“.

Peter Schetzkems (FDP) spricht von einem „extrem komplexen“ Vorgang und stimmt der Satzung zu. „Ganz ehrlich, ich möchte nicht in der Haut von irgendeinem stecken, der da wohnt“, sagt er mit Blick auf die jahrelange Unsicherheit. Sein Fraktionskollege Dr. Günter Gericke votiert dagegen. Er verweist auf die ungenehmigten Bauten und darauf, dass in anderen Außenbereichen aufgrund gerichtlicher Entscheidungen bereits Flächen geräumt worden sind.

Halbe Million Euro für Fahrradstraße

Keine Mehrheit findet ein Änderungsantrag der AfD. Ulrich Ziffer will die Innenbereichssatzung auch auf Grundstücke an Alter Bogengasse und Freigasse ausweiten. Dafür stimmt allein die AfD.

Beim zweiten Teil der Vorlage herrscht dagegen weitgehende Einigkeit. Für die städtischen Gärten im Landschaftsschutzgebiet gelten dessen Vorgaben und alle müssen sich an diese Regeln halten. Nach Herstellung eines rechtmäßigen Zustands sollen die bisherigen Nutzer die Möglichkeit erhalten, die Flächen zu pachten und im zulässigen Rahmen weiter zu nutzen. Lediglich Tino Schumann (BFD) stimmt dagegen.

Einstimmig fällt die Entscheidung über die zweite Fahrradstraße Dreieichs. Sie führt vom Kreisverkehr Neurothweg/Albert-Schweitzer-Straße/Hainer Weg bis zur Unterführung der A661. 516.870 Euro stehen dafür im Haushalt bereit. Vor der Umsetzung sollen Fördermittel beantragt werden. Geplant sind neben Markierungen und Beschilderungen Umbauten unter anderem an den Einmündungen Philipp-Holzmann-Straße/Wirtschaftsweg und Kennedystraße/Odenwaldring. Auf der Kennedystraße sollen zudem wech-

selseitige Parkstreifen samt „Dooring-Zone“ markiert werden. Andrea Bischoff (Grüne) begrüßt den Beschluss, fordert aber ein durchgängiges Radwegnetz. „Das darf nicht das Ende der Geschichte sein.“ Es gehe um mehr Sicherheit und Klimaschutz sowie darum, eine echte Alternative zum Auto auf Kurzstrecken zu schaffen. Ihr Fazit: „Das ist ein guter Schritt. Aber genauso klar: Wir müssen dranbleiben.“

NICOLE JOST